



## Alternativen zum Öl im Zentrum der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Südsudan

Alternativen zum Öl im Zentrum der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Südsudan  
Juba/Südsudan - In bilateralen Regierungsverhandlungen haben sich Deutschland und Südsudan heute auf die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die nächsten zwei Jahre geeinigt. Durch die in Juba getroffene Vereinbarung wird die Schaffung von Alternativen zu Einkommen aus der Ölindustrie, von denen die südsudanesische Wirtschaft und der Staatshaushalt fast vollständig abhängig sind, in das Zentrum der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Südsudan gestellt. Dazu soll die Entwicklung der südsudanesischen Landwirtschaft als neuer Schwerpunkt der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit etabliert werden. Durch die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte in Südsudan sollen die Einkommen in der Landwirtschaft erhöht werden. Zudem werden die Bekämpfung von Korruption und die Verbesserung des Managements der öffentlichen Finanzen stärker in den Fokus der Zusammenarbeit gestellt. So soll sichergestellt werden, dass die Einnahmen des Staates im Interesse der Bürger eingesetzt werden. Deutschland und Südsudan haben auch vereinbart, dass der Beitritt Südsudans zur Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt und dadurch eine transparente Verwendung der Einnahmen Südsudans aus dem Rohstoffsektor sichergestellt werden soll. Neben den Schwerpunkten Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung wird auch die Zusammenarbeit im Bereich der städtischen Wasserversorgung weitergeführt werden. Letztgenannter Schwerpunkt wird durch eine gemeinsame Programmplanung mit den europäischen Partnern erfolgen. Durch diese freiwillige, länderübergreifende Kooperation der Mitgliedsstaaten soll mit zusätzlichen Mitteln der finanziellen Zusammenarbeit der Aufbau der städtischen Wasserversorgung vorangetrieben werden. In allen drei Schwerpunkten sollen zudem Elemente zur Sensibilisierung für Menschenrechtsfragen platziert werden. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
Europahaus, Stresemannstr. 34-37  
10963 Berlin  
Deutschland  
Telefon: +49 (0 30) 2 50 30  
Telefax: +49 (0 18 88) 5 35 35 00  
Mail: [poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)  
URL: <http://www.bmz.de> 

### Pressekontakt

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

10963 Berlin

[bmz.de](http://bmz.de)  
[poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

10963 Berlin

[bmz.de](http://bmz.de)  
[poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage